



# Hochschulen und Stadtteilprojekte im Dialog

Dokumentation des  
2. Netzwerk-Treffens

der

Landesarbeitsgemeinschaft  
Soziale Stadtentwicklung und  
Gemeinwesenarbeit  
Baden-Württemberg

22. April 2005  
Bürgerhaus Neckarstadt  
Mannheim

**Herausgeber:**

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit  
Baden-Württemberg

**Redaktion:**

Clemens Back, Freiburg  
Sebastian Klus, Rastatt  
Gerald Lackenberger, Freiburg  
Gabi Silberborth, Pforzheim  
Petra Wagner, Mannheim

**Kontaktadresse:**

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit  
Baden-Württemberg

c/o Stadt Mannheim, Dezernat III  
Postfach 10 31 51  
68030 Mannheim

Tel: 0621/293-9333  
Email: lag-bw@mannheim.de

**Mit freundlicher Unterstützung:**

Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.



**STADTMANNHEIM**<sup>2</sup>  
Dezernat III  
Jugend, Soziales und  
Gesundheit



**GBGMANNHEIM**<sup>2</sup>



## Inhaltsverzeichnis

<i>Mechthild Fürst-Diery</i>	
<b>Begrüßung</b> .....	4
<i>Maria Lüttringhaus</i>	
<b>Beteiligen wir die Leute oder die Leute uns?</b> .....	7
<i>Gerald Lackenberger</i>	
<b>Aktivierung lohnt sich!</b> .....	18
<i>Günter Rausch</i>	
<b>Nichts ist praktischer als eine gute Theorie</b> .....	20
<i>Clemens Back, Maria Bitzan</i>	
<b>Theorie und Praxis gehören zusammen!</b> .....	24
<i>Reinhard Thies</i>	
<b>Perspektiven für ein Netzwerk Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in Baden-Württemberg</b> .....	26
<b>Tagungsteilnehmende</b> .....	28
<b>Stadtteil-Projekte in Baden-Württemberg</b> .....	31
<b>Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit an Hochschulen in Baden-Württemberg</b> .....	39



## Begrüßung

*Mechthild Fürst-Diery*  
*Erste Bürgermeisterin der Stadt Mannheim*

Herzlich willkommen in Mannheim, herzlich willkommen hier in der Neckarstadt-West, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, Sie als Sozialbürgermeisterin der Stadt Mannheim im Namen der gesamten Stadt Mannheim zum zweiten Netzwerk-Treffen „Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in Baden-Württemberg“ begrüßen zu dürfen.

Ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Anreise und haben – trotz unserer Großbaustelle auf dem Alten Messplatz – das Bürgerhaus hier in der Neckarstadt gut erreicht.

Zu Mannheim – unserer Geschichte, unseren aktuellen Projekten, unserer Zukunft – gibt es so viel zu erzählen, dass ich als Erste Bürgermeisterin dieser Stadt sofort meine Redezeit um Stunden überziehen

könnte. Ich will mich aber beherrschen und Sie einfach auf 3 Referenzen verweisen:

Erstens: Unser Stadtmarketing, das Ihnen für die heutige Veranstaltung einige ganz interessante Informationen über Mannheim zur Verfügung gestellt hat.

Zweitens: Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus Mannheim, die Ihnen gerne aus erster Hand ihre Geschichte Mannheims erzählen und sie nach dem offiziellen Teil der heutigen Veranstaltung auf Wunsch gerne erst hier durch die Neckarstadt und dann noch zum Kulturprogramm in den Jungbusch führen. Und schließlich

Drittens: Unser vierhundertjähriges Stadtjubiläum im Jahr 2007, zu dem ich Sie spätestens wieder nach Mannheim einladen möchte.

Wenn ich es richtig sehe, sind hier heute rund 60 Kolleginnen und Kollegen aus mindestens zwölf verschiedenen Städten angereist. Vertreten sind Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Baden-Baden, Esslingen, Reutlingen, Singen, Rastatt, unsere rheinland-pfälzische Nachbarstadt Ludwigshafen sowie Worms – und natürlich Mannheim.

Gegenüber dem ersten Landestreffen im Juni 2004 in Pforzheim hat sich damit die Zahl der Teilnehmenden und auch der vertretenen Städte und Hochschulen mehr als verdoppelt! Das zeigt mir, dass unsere Starthilfe als Kommune wichtig und richtig ist, um ein professionelles Netzwerk von Stadtteilprojekten in Baden-Württemberg zu etablieren.

Wir in Mannheim haben mit den laufenden Quartiermanagement- und Soziale-Stadt-Projekten ja bereits eine Menge an lokaler Kompetenz aufgebaut, die sich für eine landesweite Vernetzung geradezu anbietet. Ich freue mich sehr, dass es angesichts dieses landesweiten Netzwerktreffens übrigens auch für uns in Mannheim eine Premiere ist, alle Mannheimer Projekte mit ihrer je spezifischen Träger- und Organisationsstruktur öffentlich *gemeinsam* zu präsentieren. Ich darf dies auch im Namen meines für die Stadterneuerung zuständigen Bürgermeister-Kollegen Christian Specht, des Fachbereichsleiters Wohnen und Stadterneuerung Herrn Cibis – den ich hiermit auch ganz herzlich begrüßen darf – und unserer Projektpartner sagen.

Wie aktiv Mannheim in der sozialen und integrierten Stadteilerneuerung ist, sehen Sie, wenn ich kurz die entsprechenden Mannheimer Stadtteile und Quartiere nenne. Das sind im Stadtbezirk der Mannheimer Innenstadt die Quartiere Östliche Unterstadt und Jungbusch sowie mit dem Bezirk Neckarstadt-West das größte gründerzeitliche Stadterweiterungsgebiet hier am östlichen Neckarufer. Neben diesen klassischen Gebieten mit überwiegendem Altbaubestand sind wir auch aktiv in zwei in die Jahre gekommenen, verdichteten Neubaugebieten der 70er Jahre im Süden

Mannheims auf der Rheinau und in der Neckarstadt-Ost im Gebiet Herzogenried. Zudem engagieren wir uns in zwei Siedlungen mit Einfachstwohnungsbestand für eine Wohnungs- und Wohnumfeldmodernisierung mit flankierender Gemeinwesenarbeit.

Viele Partner sind nötig, um diese Projekte zu stemmen. Neben der Kommune sind die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft GBG, die Wohlfahrtsverbände und die Weinheimer Freudenberg Stiftung unsere wesentlichen Projektpartner. Mit URBAN II konnten wir einen wichtigen europäischen Fördertopf für die Stadtteil- und Quartierserneuerung in Mannheim verfügbar machen. Und für alle aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt geförderten Gebiete haben wir erfolgreich die Höchstfördersumme aus dem Programm LOS - Lokales Kapital für soziale Zwecke eingeworben.

Die Arbeit in einem solchen Projektgebiet, ob als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eines Sozialen Dienstes, als Leiterin oder Leiter einer entsprechenden Einrichtung oder als Stadtteil- oder Quartiermanagerin bzw. -manager, ist voraussetzungsvoll und folgenreich zugleich. Vor Ort an der Schnittstelle zwischen großen gesellschaftlichen Veränderungen und individuellen Lebenslagen zu arbeiten, setzt ein hohes Maß an Qualifikation und Kompetenz der Professionellen voraus. Menschen zum eigenverantwortlichen Handeln in komplexen sozialen Systemzusammenhängen zu befähigen, ist eine höchst verantwortungsvolle Aufgabe, die anderen Kraft gibt, aber eben auch manchmal die eigene Kraft ganz schön kostet.

Ich finde es deshalb ganz, ganz wichtig, dass Professionelle in Stadtteilprojekten Formen des kollegialen Austauschs finden, um systematisch die Bedingungen und Folgen ihres eigenen beruflichen Handelns zu reflektieren – und zwar sowohl bezogen auf den gesellschaftlichen Kontext, in dem sie stehen, als auch bezogen auf das ganz persönliche Humankapital, das sie mit Leidenschaft für die Sache einsetzen.

Ich freue mich deshalb sehr, dass es mit dieser Veranstaltung gelungen ist, einen wesentlichen Baustein der Programmphilosophie der integrierten Stadtteilentwicklung auch auf der Metaebene einzusetzen: nämlich Ressourcen zu bündeln und durch gezielte Kooperation Synergieeffekte zu erzielen.

Gerne bringen wir als Kommune unsere Kompetenz für ein landesweites Netzwerk Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit weiter ein, damit sich eine selbst tragende Struktur – zum Beispiel in Form eines Vereins – etablieren kann. Aber ich erwarte auch, dass sich nicht nur die Stadtteilprojekte und Kommunen, sondern auch das Land an dieser wichtigen Professionalisierung beteiligen. Denn die soziale Stadtentwicklung ist – ganz im Sinne des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt – eine echte Gemeinschaftsaufgabe. Nicht nur bei den städtebaulichen Maßnahmen, sondern vor allem auch im Bereich der sozialen Integration und Moderation im Quartier ist eine Investition nötig, wenn wir die Zukunft des urbanen Lebensraums nachhaltig sichern wollen!

Der Bundesarbeitsgemeinschaft soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit mit ihrem neuen Vorsitzenden Reinhard Thies und dem Vorbereitungsteam um Prof. Dr. Günter Rausch, Dr. Petra Wagner, Jürgen Maier, Gerald Lackenberger und Gabi Silberborth einen herzlichen Dank für ihre engagierte Vorbereitung die-

ses Treffens. Vielen Dank auch an Dr. Maria Lüttringhaus, dass Sie nach Mannheim gekommen sind, um hier als Referentin und Moderatorin zum Thema „Aktivierung in der Stadtentwicklung“ zur Verfügung zu stehen.

Ausdrücklich danken möchte auch den Sponsoren der heutigen Veranstaltung: Die Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft – GBG unterstützt die heutige Veranstaltung mit einer großzügigen Brötchen-, Kuchen- und Obstspende. Die Mannheimer Firma Graeff Container- und Hallenbau-GmbH hat die heutigen Kosten der Kaffee- und Teebewirtung dankenswerterweise übernommen. Das Mannheimer Stadtmarketing stärkt ihre Konzentrationsfähigkeit mit einer Traubenzucker-Spende. Und das Kulturamt der Stadt Mannheim hat uns schließlich Arbeitsmaterialien für die heutige Tagung kostenfrei überlassen.

Mein Dank geht schließlich auch an das Bürgerhaus Neckarstadt, das uns hier die Veranstaltungsräume und den Service gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung stellt. Für mich steht es außer Frage, dass wir dieses Veranstaltungshaus im Stadtteil mehr als brauchen.

Nun möchte ich aber den Weg frei machen für den unmittelbaren Dialog zwischen den Stadtteilprojekten und wünsche Ihnen Allen eine anregende Zeit hier in Mannheim.



## Beteiligen wir die Leute oder die Leute uns?

### Grundlagen, Haltungen und Methoden der Förderung von Partizipation im Wohnquartier

*Maria Lüttringhaus*

Beteiligung steht hoch im Kurs. Denken Sie an die Popularität des Themas in der Agenda 21, bei den Umweltmediationsverfahren oder auch in der Diskussion um die Verwaltungsreform. Gerade bei letzterem hat sich das Leitbild in den letzten zwei Jahren stark verschoben vom nach innen gerichteten Modell der *Dienstleistungskommune* hin zu dem nach außen gerichteten – und damit politischen – Modell der *Bürgerkommune*. Die zentralen Ziele sind nun sozialer Zusammenhalt und Partizipation.

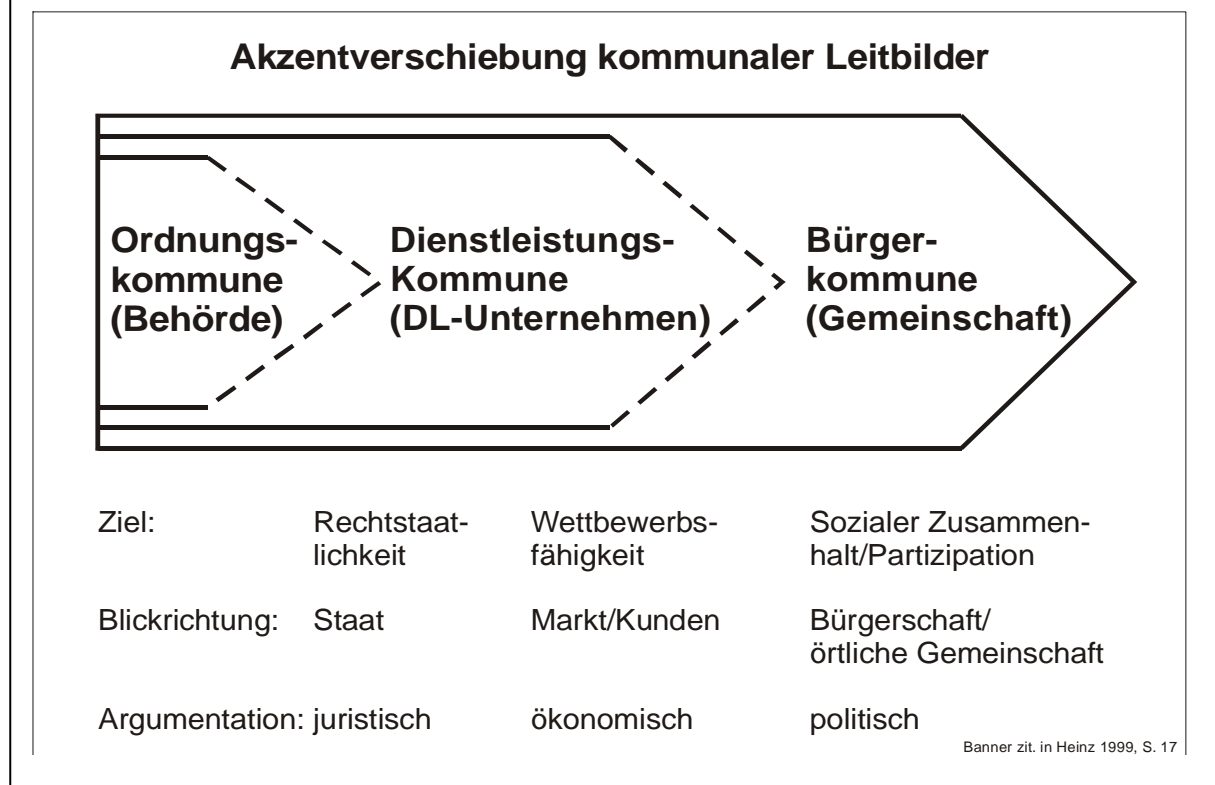
Für den Bereich der Stadt(teil)entwicklung fordert das Bundesprogramm Soziale Stadt / Stadtteile mit besonderem Entwick-

lungsbedarf ausdrücklich die Beteiligung der Bewohner.

Bei der Umsetzung dieser Forderung stehen wir vor vielen Herausforderungen. Die Förderung von Partizipation als durchgängiges Gestaltungsprinzip kommunaler Prozesse bleibt allem Anschein nach in weiten Teilen nach wie vor auf der Strecke. Die Kritik, die auf den Tagungen um die „Soziale Stadt“ in unterschiedlicher Form geäußert wird, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- In vielen Fällen wirkt das Programm Soziale Stadt weniger wie ein Stadtsanierungsprogramm, sondern eher wie

Schaubild 1:



ein Verwaltungssanierungsprogramm: Beteiligung wird zwar betont, aber eher mit Blick darauf, wie so manche Abteilung im ureigenen Apparat dazu gebracht werden kann, sich in bereichsübergreifende Projekte einzuklinken.

- Bürgerbeteiligung wird häufig zur Einzelveranstaltung oder zum punktuellen Happening degradiert. Dort, wo nur noch in Projekten gedacht und geplant wird, wo von oben Ideen in den Stadtteil verpflanzt werden, kursiert schon der Begriff der „Projektitis“, weil viele Ideen daran krankten, dass sie nicht mit den Bedarfen des Stadtteils verwurzelt sind.
- Beteiligung wird nicht selten verstanden als Mittel, das man anwendet, um Auszeichnungen zu sammeln (Bürgerfreundliche Kommune, City of Tomorrow...) oder Hochglanzbroschüren produzieren zu können, egal was es kostet.
- Viele perfekt durchorganisierte Veranstaltungen degradieren Beteiligung zur

Verkaufsveranstaltung: Beteiligung sieht dann so aus, dass mit Powerpoint-Demonstrationen die Leute schlichtweg plattgebeamt oder mit Overheadprojektoren geblendet werden. Und – wie so oft gerade im Bereich Sozialer Arbeit – geordnet gelbe Klebezettelchen zu kleben, wirkt auf viele Menschen eher befremdlich und ausgrenzend.

- Nicht selten verstärken Beteiligungsverfahren eine Bedienungsmentalität bei den BürgerInnen: Nach dem Muster klassischer Beteiligungsformen lädt man im Rahmen des Programms Soziale Stadt zu einem Workshop ein. Dort werden Themen und Wünsche auf Zetteln gesammelt, geklustert und später noch in eine Dokumentation gepresst, die allen zeigt, dass man die Bürger ja mal beteiligt hat. Die Bürger sind erstmal wieder außen vor und warten und warten, dass sich ihre Wünsche erfüllen. Doch leider kommt der Weihnachtsmann nicht, der sich dieser Wunschliste annimmt, sondern stattdessen nur die Quartiermanage-



rInnen, die nun zur Klagemauer des Stadtteils werden, weil man doch alles schon gesagt hat und noch immer nichts realisiert wurde (s. auch Hinte 2001).

- Dort wo sich die Förderung von Partizipation nur auf die Schaffung von neuen und oft hochschwelligigen Partizipationsforen beschränkt, wird die sich kontinuierlich hochschaukelnde „Spirale der Benachteiligung“ sogar verstärkt. Dort können Beteiligungsforen sogar die derzeitigen gesellschaftlichen Spaltungsprozesse forcieren.

An dieser Stelle lohnt ein Blick auf die Spaltungsprozesse der letzten Jahrzehnte:

- Bereits in den 80er Jahren diagnostizierte man in den alten Bundesländern die Spaltung der Gesellschaft in ein benachteiligtes, unterprivilegiertes Drittel und zwei wohlhabende oder zumindest am gesellschaftlichen Reichtum partizipierende Drittel. Ein Trend, der sich jetzt mit zunehmender Schärfe zeigt.
- Neben dieser Polarisierung und zunehmenden Verarmung, deren Ursachen vor allem im wirtschaftlichen Strukturwandel zu sehen sind, beschäftigte uns bald ein weiteres zentrales Problem: die räumliche Konzentration von Armut in marginalisierten Stadtteilen, u.a. als Folge der Wohnungspolitik in den vergangenen Jahren.
- Die Bedingungen in diesen gespaltenen Regionen verschärften sich nicht nur, sondern führten zu einer Spaltung des unteren Drittels in eine Vielzahl konkurrierender, sich bekämpfender und gegenseitig bedrohender Grüppchen und Subkulturen (vgl. Hinte 1994, S.47): Arbeitslose Jugendliche bekämpfen Obdachlose, türkische Jugendbanden machen Jagd auf deutsche Gangs (und umgekehrt), Sozialhilfeempfänger organisieren sich gegen Flüchtlinge etc.

Die Spaltung der Gesellschaft wird also begleitet von der Spaltung der Städte und der Spaltung der Modernisierungsverlierer/innen in den Armutsquartieren. Häufig führen die sogenannten „neuen Formen“ von Beteiligung zu neuen Spaltungsprozessen: In der Regel beherrschen ja gerade die AktivbürgerInnen mit höherem Bildungsabschluss das Terrain der oftmals sehr hochschwelligigen Partizipationsforen. Dort wo wir also – oft wohl gemeint - bei einer Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten die sozialen Zugangsvoraussetzungen ignorieren und die Themen und Foren hochschwellig ansetzen, provozieren wir einen „sozialdarwinistischen Filter“ mit gesellschaftlichen Folgen: „Wer sich Engagement leisten kann, bestimmt über die mit, die nicht können oder wollen“ (Emig 1995, S. 41). Heiner Keupp warnt mit Blick auf die sogenannten *Neuen Formen* der Beteiligung vor dem Matthäuseffekt: „Denn wer hat, dem wird gegeben werden, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen werden, was er hat.“ (Matthäusevangelium 13/12).

Wer Partizipation fördern möchte, sollte also die Ausgangslage für Beteiligungsprozesse analysieren und – neben der Schaffung niederschwelliger Partizipationsforen immer auch an der Verbesserung dieser Situation arbeiten. Wie oft heißt es angesichts mangelnder Teilnahme an einer Versammlung: „Die Leute hatten keine Lust mitzumachen“. Bei derart verkürzten Analysen über geringe Beteiligungsquoten werden die Zugangsvoraussetzungen zu Beteiligungsprozessen ignoriert. Es darf nicht darum gehen, durch eine Akzeptanz der Zugangsschwellen die sich ohnehin kontinuierlich hochschaukelnde „Spirale der Benachteiligung“ zu verstärken und damit soziale Spaltungsprozesse zu forcieren. Im Folgenden sollen zunächst kurz die Stufen von Partizipation und dann die Vielfalt fördernder und behindernder Faktoren benannt werden, um Hinweise für die Arbeit zu liefern, die parallel zur Aktivierungsarbeit notwendig ist, um Partizipation nachhaltig zu fördern.

## Stufen der Partizipation

Zur systematischen Einordnung von Partizipation als Ergebnis der *Teilhabe*gewährung der Entscheidungsträger/innen (z.B. Politik) und der *Teilnahme* eines interessierten Personenkreises (z.B. Bürger/innen) schlage ich das folgende Stufenmodell vor, das in Anlehnung an Wickrath (1992) entwickelt wurde (s. dazu ausführlich Lüttringhaus 2000).

Das Modell zeigt die unterschiedliche Reichweite von Partizipation und kann hilfreich sein, um bei der Förderung von Partizipation Fehleinschätzungen zu vermeiden (z.B. zuviel zu versprechen). Es gilt im Vorfeld zu klären, welche Stufe von Partizipation aufgrund der jeweiligen politischen Rahmenbedingungen (z.B. Gesetze; Bereitschaft der Entscheidungsträger/innen usw.) und Möglichkeiten der Bürger/innen (z.B. Protestpotential) angestrebt wird.

Schaubild 3 zeigt wesentliche Faktoren auf, die helfen können, das jeweilige Potenzial an Partizipationsbereitschaft einzuordnen. Damit werden auch die Punkte aufgezeigt, die durch eine langfristig angelegte soziale Kommunalpolitik gestaltet werden können, um die Chancen zur Teilnahme am öffentlichen Geschehen zu verbessern. Ich möchte zeigen, dass eine Vielzahl einzelner Faktoren aufeinander aufbauen bzw. sich gegenseitig beeinflussen und tendenziell die jeweils nächste Stufe des Partizipationsprozesses mitbestimmen.

Den Ausgangspunkt für Partizipationsprozesse bildet zunächst eine Sachlage, in der zwei oder mehrere miteinander konkurrierende *Entscheidungsalternativen* bestehen, die einen Aushandlungs- bzw. Partizipationsprozess erfordern. Das Partizipationsverhalten auf den vier Partizipationsstufen wird jeweils durch subjektive und objektiv-strukturelle Grundvorausset-

Schaubild 2:

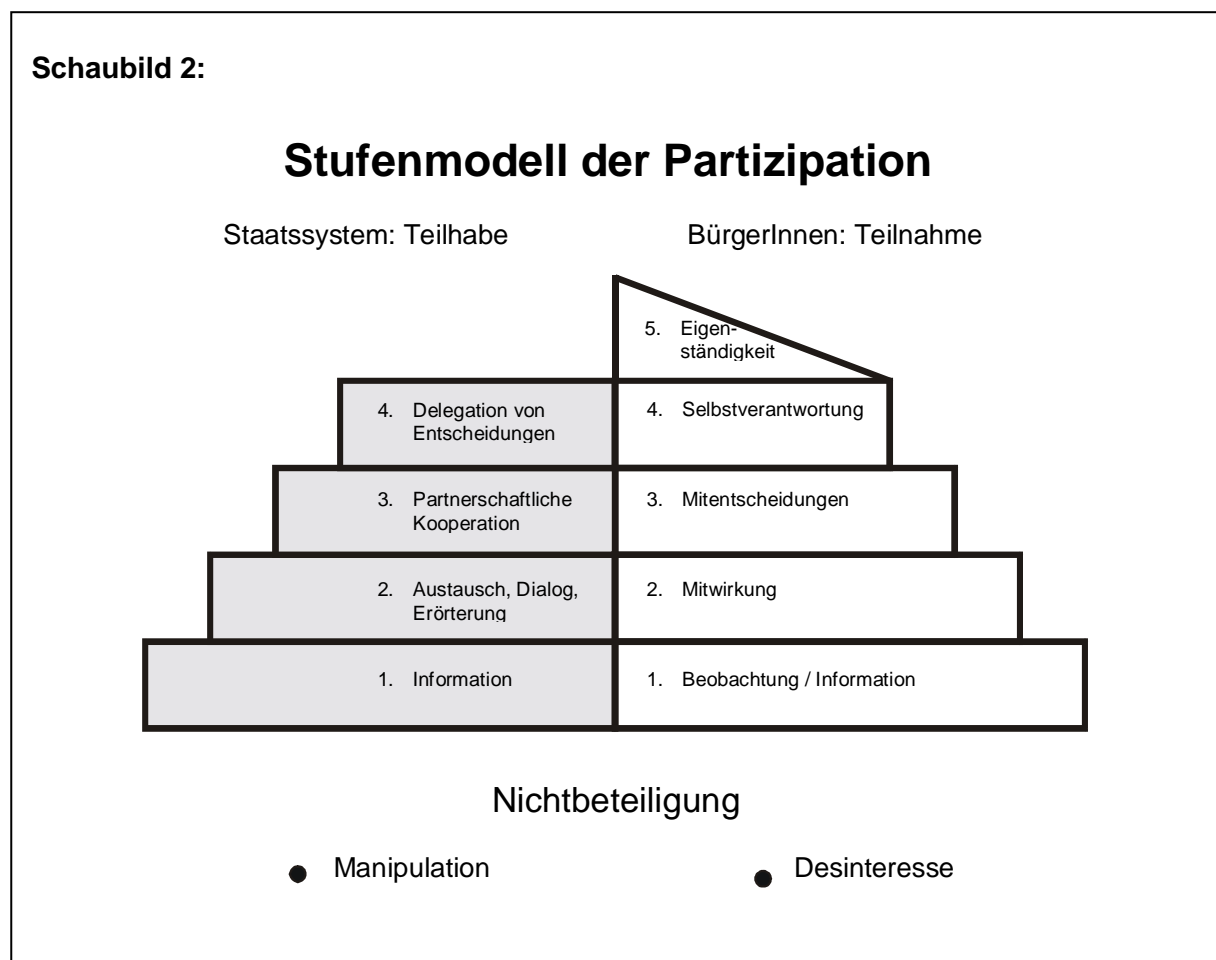
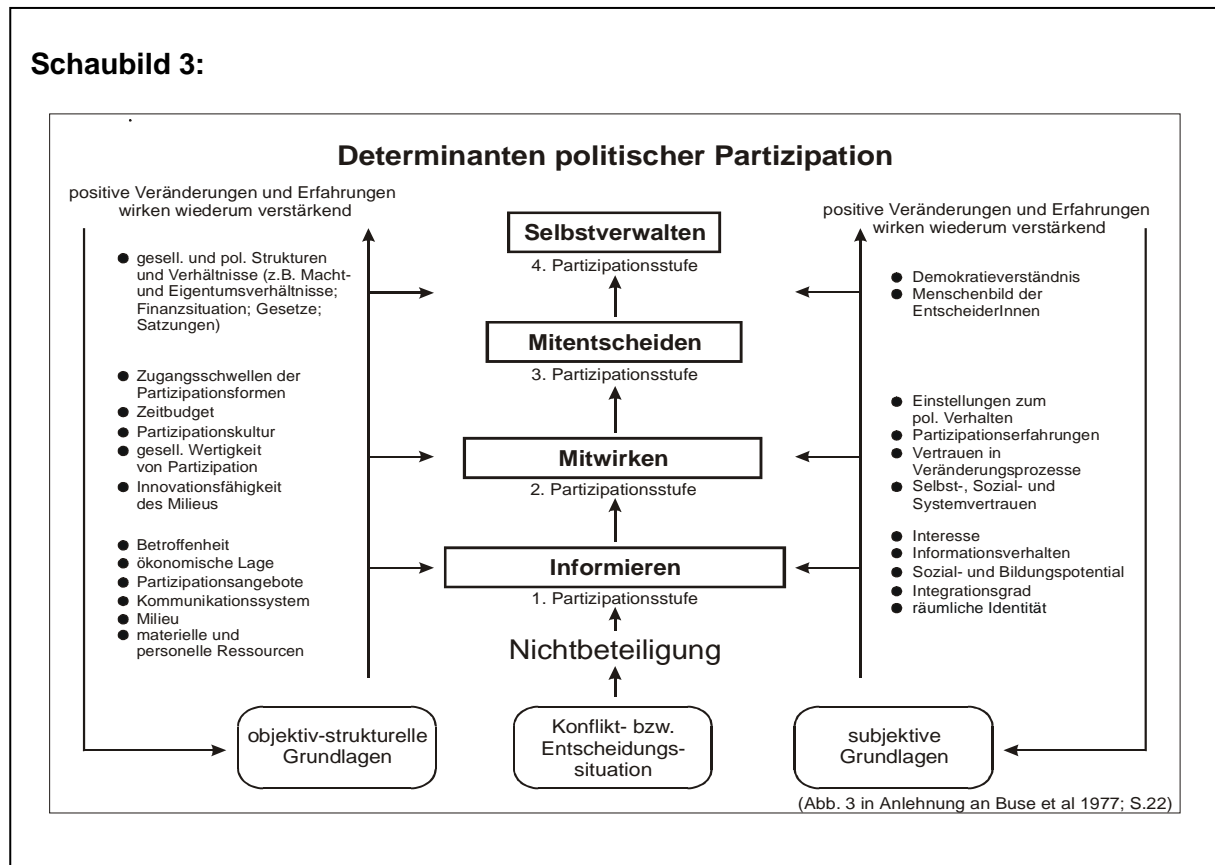


Schaubild 3:



zungen (Determinanten) bedingt, die sich wechselseitig beeinflussen und jeweils eine wichtige Grundlage bilden für den Übergang von einer Teilnahmeform zur nächsten. Das Modell räumt mit der nicht selten anzutreffenden Vorstellung auf, man könne durch die Veränderung eines Faktors – beispielsweise durch eine einmalige gezielte niederschwellige Aktivierung – die Teilnahmebereitschaft dauerhaft steigern. Es verdeutlicht somit die Komplexität und Verwobenheit der Faktoren und kann – mit Blick auf Partizipationsprozesse – übertriebene Erwartungen dämpfen. Es unterstreicht stattdessen die Notwendigkeit einer langfristig angelegten sozialen Kommunalpolitik auf vielen Ebenen, um Ausgrenzung zu minimieren. Ich möchte betonen, dass das Modell teilweise eine Linearität und Universalität suggeriert, die es in dieser strikten und reduzierten Form nicht gibt. Die hier gewählte Systematik soll lediglich zur groben Systematisierung dienen<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Diesem Schaubild liegt eine Grafik von Buse et al. 1977, S. 22 zugrunde. Diese wurde in wesentlichen Punkten verändert und ergänzt.

### Erste Partizipationsstufe: Informieren

*Betroffenheit* als handlungsauslösendes Moment kann sowohl durch die Verschlechterung (*negativer Betroffenheit*), aber genauso durch die Verbesserung einer Situation (*Nutznießung*) ausgelöst werden (s. Hollihn 1978, S. 110). Die weiteren subjektiven partizipationsfördernden Faktoren wie das *persönliche Interesse* und *Informationsverhalten* und der daraus resultierende *Wissensstand* über das Thema sind der zentrale Auslöser für Teilnahme (vgl. Buse et al. 1977, S. 290). Dies ist aber sehr eng mit den Bildungsvoraussetzungen der Betroffenen verknüpft, da sich gezeigt hat, dass der *Bildungsgrad* die wichtigste Variable für Aktionsbereitschaft ist (Franz 1989, S. 221 f.).

Partizipationsbarrieren bilden mangelnde *Fähigkeiten*, die *Komplexität* von anstehenden Entscheidungen zu erfassen, fehlendes *Abstraktionsvermögen* sowie *Artikulationsschwierigkeiten*. Der letztgenannte Punkt betrifft aber nicht nur benachteiligte Bevölkerungsgruppen, sondern auch Planungseliten (vgl. Rinke 1984, S. 68 ff.; Herlyn 1972, S. 236). Diese Bildungsfakto-

ren sind wiederum eng gekoppelt an den strukturellen Faktor der *ökonomischen Lage*, die die Wahrnehmung und Interpretation eines Sachverhalts beeinflusst: „Unser 'soziales Kapital' ist ganz offensichtlich wesentlich mitbestimmt von unserem Zugang zum 'ökonomischen Kapital',“ (Keupp 1995, S. 55).

Der Annahme, dass Demokratie den Menschen nur dann am Herzen liege, wenn ihre ökonomische Lage kritisch ist, widersprechen zahlreiche Befunde, dass gerade überwiegend diejenigen aktiv sind, die sowohl ökonomisch als auch in biographischen Krisen abgesichert sind (vgl. Backhaus-Maul / Brandhorst 1997, S. 10).

Unabhängig von der ökonomischen Situation und dem Bildungsgrad jedes Einzelnen bildet das *Milieu* eines Quartiers eine wichtige Determinante politischer Partizipation. Die damit verbundenen Leitvorstellungen prägen die Wertorientierungen und Handlungsmuster und spiegeln sich dementsprechend auch in der Bewertung von Partizipation wider. Mit Blick auf die relevanten Milieufaktoren sieht Strohmeier (1996, S. 4 f.) zudem in der *Eingebundenheit in lokale soziale Netzwerke* einen wichtigen partizipationsfördernden Faktor, wobei aber lokale Netzwerke durchaus nicht nur partizipationsverstärkend wirken können, sondern z.B. bei starken negativen Einstellungen zum politischen Verhalten auch das Gegenteil bewirken können.

Bedeutsam für politische Partizipationsprozesse ist des Weiteren der *gemeinsame politische Raum in sozialem und geographischem Sinn* und die *örtliche Integration* sowie die lokale *Identität*. Lokale Identität regt an, sich mit anderen Betroffenen über politische Ereignisse auszutauschen und fördert die Grundlagen für die Wahrnehmung als erste Stufe der Partizipation.

### **Zweite Partizipationsstufe: Mitwirken**

Förderlich für die aktive Mitwirkung ist ein *kommunikations- bzw. beteiligungsfreundliches partnerschaftliches Klima* durch das politisch-administrative System. „Wenn

solch ein partizipationsaffines Klima herrscht, das die aktive Beteiligung des Bürgers an den anstehenden ihn betreffenden Entscheidungen vorsieht ... kann eine Erhöhung der Partizipation in qualitativer und quantitativer Hinsicht erreicht werden“ (Buse et al. 1977, S. 292). Ein weiteres förderliches Kriterium bei Planungsprozessen ist die Überschaubarkeit des Sachverhalts und ein möglichst frühzeitiges und fortlaufendes Beteiligungsangebot. Die Qualität der politischen Partizipationskultur wird wesentlich beeinflusst durch persönliche Partizipationserfahrungen in Vereinigungen wie beispielsweise Vereine, Parteien oder Gewerkschaften sowie durch Vorläufer-Erfahrungen auf noch kleineren Partizipationsfeldern, beispielsweise in der Familie oder am Arbeitsplatz, die einen „demokratischen Politisierungseffekt mit langfristigen Folgewirkungen“ haben (Oel 1982, S. 157 f.).

Was die Ausgestaltung der Foren angeht, so kann man festhalten, dass es nicht die richtige Form der BürgerInnenbeteiligung gibt. Partizipationsforen müssen immer wieder neu auf die konkreten lokalen Verhältnisse bezogen werden, müssen letztlich immer wieder vor Ort neu erfunden werden: Mal ist es ein Treffen im Innenhof, mal ein Treppenhausgespräch, mal ein Spielplatzfest mit Planungsanteilen, mal eine Versammlung im Wohnzimmer einer angesehenen libanesischen Familie. Wichtig ist, daß der Veranstaltungsort lebensweltorientiert und damit niederschwellig ist, damit sich die Menschen wohl fühlen. Es gilt dem „Fluchtinstitut“ der Menschen gerecht werden, den jede/r kennt: Wenn man zu einer Veranstaltung geht und nicht so recht weiß, was auf einen zukommt, setzt man sich bevorzugt ganz nach hinten oder an die Seite. Es gilt deshalb für Partizipationsforen die Orte nach Möglichkeit im Außenbereich zu wählen. Da kann man „mal eben vorbeischaun“ – mit der Einkaufstasche in der Hand oder dem Hund an der Leine (...denn „eigentlich wollte man ja ganz woanders hingehen“). Die Leute haben dadurch die Sicherheit, sich jederzeit zurückziehen zu können, ohne „ihr Gesicht“ zu verlieren (s. dazu Lüttringhaus 2003). Wer Teilhabe fördern will, sollte bereits bei der Aktivierungsform

anfangen. Das heißt: Nicht nur schriftlich einladen. Eine mögliche Form ist die der aktivierenden Befragung (s. Lüttringhaus / Richers 2003). Aber auch Dias an einer Hauswand, oder ein Bergmannschor, der ein altes marodes Zechenobjekt „verabschiedet“, sind kreative und wenig aufwendige Aktivierungsmöglichkeiten. Hilfreich ist es, wenn man Strukturen anbietet, wo Bürger/innen nicht nur reden, sondern nebenbei auch etwas tun können. Auch hier gilt es, sich an Alltagssituationen zu orientieren (Wieviel einfacher ist das doch, auf einer Party mit einem Glas in der Hand mit anderen ins Gespräch zu kommen). Dementsprechend könnte man Kaffee anbieten, an einem Planungsmodell arbeiten oder an einem ausgebreiteten Plan zeichnen.

Wer durch Partizipationsforen den Dialog unter den verschiedenen Beteiligten fördern möchte, bietet Foren an, die schon während der Veranstaltung – und auch danach – die Kommunikation der Menschen untereinander fördern. Anders als bei Dienstbesprechungen sollten wir uns freuen, wenn miteinander getuschelt wird. Eine Marktplatzatmosphäre mit Stehtischen, ausgehängten Plänen, Kaffee befördert diese wichtigen Solidarisierungsgespräche der Menschen untereinander. Bewohner/innen bestärken sich in kleiner Runde und trauen sich dann eher, etwas zu sagen.

Ein besonderer partizipationsfördernder subjektiver Faktor ist – so Strohmeier (1996, S. 34 f.) – das *Sozialvertrauen* als Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten oder die von anderen Personen. Hierzu zählt insbesondere auch das Vertrauen gegenüber den Personen der beteiligten Institutionen. Kurzfristig eingesetztes Personal und ständig wechselnde ABM-Kräfte tragen somit in den Quartieren nicht dazu bei, das wichtige Personenvertrauen zu fördern. Rommelspacher (1996, S. 17 ff.) bestätigt den Befund des mangelnden Selbst- und Systemvertrauens insbesondere bei Bewohner/innen in benachteiligten Regionen, weil das *soziale Klima*, das einen hochgradigen Einfluss auf das Akti-

vierungspotential hat, von Unsicherheit geprägt ist und somit das *Vertrauen in anstehende Veränderungsprozesse* und in die Zukunft nur gering ist (vgl. ebd., S. 18 ff.). „Angesichts der reduzierten Bereitschaft der misstrauischen Akteure, überhaupt Interaktionen einzugehen, sind deshalb sehr lange Zeiträume zu veranschlagen, bis es zu einer Steigerung des Vertrauens und der Partizipationsbereitschaft kommt.“ (Strohmeier 1996, S. 34). Dementsprechend sind *langfristige Förderungsstrategien* zu entwickeln und die Beteiligungsbereitschaft in diesen Milieus durch die Wahl von *vertrauten Formen der Zusammenkunft* zu fördern.

### **Dritte und vierte Partizipationsstufe: Mitentscheiden und Selbstverwalten**

Der Verlauf des Entscheidungsprozesses und das Ergebnis hängen von den objektiv gegebenen *gesellschaftlich-politischen Strukturen und Institutionen* ab. Zu den wichtigsten Faktoren politischer Partizipation zählen grundsätzliche strukturelle Bedingungen, wie die *rechtliche und finanzielle Abhängigkeit der Kommunen* und die *finanzielle kommunale Abhängigkeit vom ortsansässigen oder anzuwerbenden Gewerbe* (s. Oel 1982, S. 151). Von hoher Bedeutung ist des Weiteren der eher „weiche“ Faktor des subjektiven *Demokratie- und Herrschaftsverständnisses der Entscheidungsträger/innen*, das sich zwischen den Polen von hierarchischen und offen-kooperativen Politikformen bewegt (vgl. Buse et al 1977, S. 22).

### **Konsequenzen für die Arbeit in der Sozialen Stadt**

Was hat dies alles nun für Folgen für die Arbeit in der Sozialen Stadt?

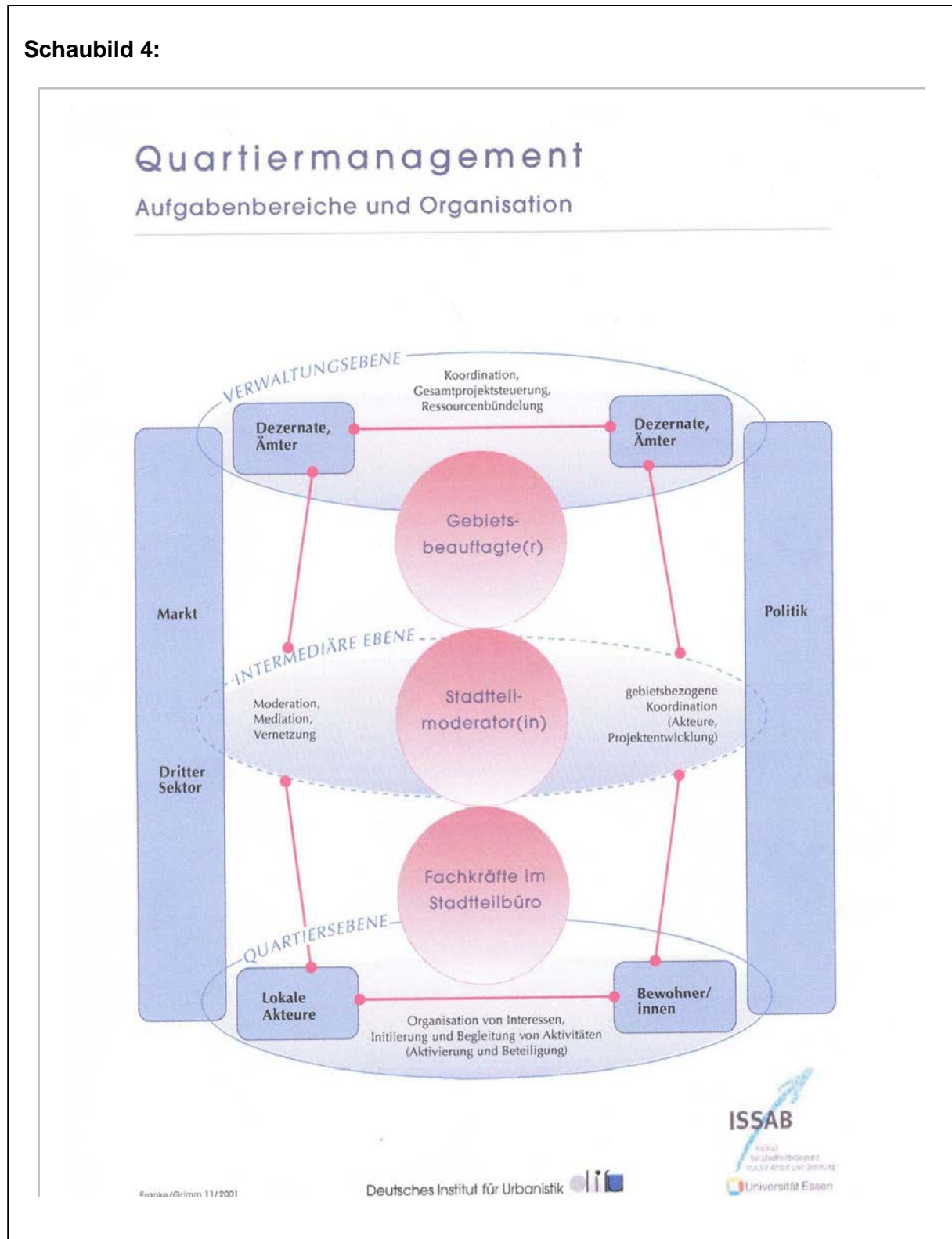
- Es geht darum, unter Berücksichtigung dieser Faktoren die Foren so auszugestalten, dass sie niederschwellig sind.

- Es gilt in den Quartieren die vielfältigen Faktoren zu verbessern, die die Ausgangslage für Partizipation bilden.
- Es erfordert die Umsetzung eines Konzeptes von Quartiermanagement, wie es vom ISSAB (Institut für Stadt-

teilbezogene Soziale Arbeit und Beratung) und DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik) vorgeschlagen wird (s. Grimm / Franke 2002, S. 9).

Quartiersmanagement erfordert ein integriertes Arbeiten auf drei Ebenen. Quar-

Schaubild 4:



tiersmanagement bezeichnet einen projekt- und themenunspezifischen Prozess, der zwar einzelne Leuchtturmprojekte – auch „von oben“ initiiert – nicht ausschließt, sich jedoch vornehmlich über eine Vielzahl kleinerer Aktivierungsaktionen darauf richtet, gleichsam eine Grundmobilisierung eines Wohnquartiers zu bewirken, die dann den Humus für diese größeren Einzelprojekte darstellt (Hinte 2001, S. 113).

Um sektorenübergreifende Arbeiten zu verwirklichen, wird über drei miteinander verschränkte Aktionsebenen gesteuert. Die gesamte Arbeit aller drei Ebenen wird – so der Vorschlag – Quartiersmanagement genannt. Fachkräfte im Stadtteilbüro, Stadtteilmoderator/innen, Gebietsbeauftragte zusammen realisieren somit Quartiersmanagement, wobei die Quartiers-ebene und die intermediäre Ebene noch am ehesten durch eine einzelne Person erledigt werden können.

Es ist gut zu sehen, dass das Feld des Quartiermanagement von einer großen Bandbreite an Berufsgruppen bearbeitet wird und das Arbeitsfeld zwar noch sehr „betonlastig“ ist, aber es verstärkt sich mittlerweile, dass der „Soziale Humus“ wichtiger genommen wird, die Grundlage auf der Partizipation gedeihen kann. Das Geld wird nicht mehr so stark dafür genutzt, lediglich neue Bauwerke zu errichten, es werden beispielsweise zunehmend Stellen finanziert.

## Fazit

Nur wenn neben den einzelnen Partizipationsprojekten die Grundvoraussetzungen hierfür kontinuierlich in unterschiedlichen Formen gefördert werden, kann eine Partizipationskultur entstehen, die gerade auch die benachteiligte Wohnbevölkerung ermutigt, sich in die Prozesse der Stadtteilentwicklung einzuklinken. Hierfür kann die Arbeit der Gemeinwesenarbeit bzw. Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit eine

wichtige Basis schaffen (s. Hinte / Lüttringhaus / Oelschlägel 2001). Ähnlich wie es im Bereich der Wirtschaftsförderung eine unumstrittene kommunale Aufgabe ist, entsprechende hilfreiche Strukturen zu schaffen, müssten Städte mit der gleichen Selbstverständlichkeit als Pendant dazu innovative Strukturen für „Gesellschaftsförderung“ – und damit Partizipationsförderung – schaffen. Zwei grundlegende Haltungen sind hilfreich, um dies zu befördern.

*Erstens:* Der Titel meines Vortrages lautete: *Beteiligen wir die Leute oder die Leute uns?* Ist denn die gängige Frage: „Wie können wir Leute beteiligen“ überhaupt der richtige Weg? Sollten wir uns nicht eher fragen: Was können wir tun, damit die Menschen *uns* beteiligen? Wir sind darauf angewiesen, dass die Menschen uns reinlassen, bzw. an sich ranlassen. Haben wir sonst mit unserem Anspruch, eine sozialere Stadt zu schaffen, überhaupt eine Chance?

*Zweitens:* Nun werden die ein oder anderen sagen: Das kostet Geld. Ja, das kostet Geld. Deshalb brauchen wir gerade in Zeiten knapper Kassen eine Haltung, die neben dem Kampf um Soziale Gerechtigkeit mehr Sinn für Gestaltungsräume – für Möglichkeiten auch unter schwierigen Rahmenbedingungen – zu Tage bringt:

„Wenn es Wirklichkeitssinn gibt, muss es auch Möglichkeitssinn geben. ... Wer ihn besitzt, sagt beispielsweise nicht: Hier ist dies oder das geschehen, wird geschehen, muss geschehen; sondern er erfindet: Hier könnte, sollte, müsste etwas geschehen; und wenn man ihm von irgendetwas erklärt, dass es so sei, wie es sei, dann denkt er: Nun, es könnte wahrscheinlich auch anders sein. So ließe sich der Möglichkeitssinn geradezu als die Fähigkeit definieren, alles was ebensogut sein könnte zu denken und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen, als das, was nicht ist“ (Musil zit. in: Häußermann / Siebel 1987, S. 249).

## Literatur

- Alisch, Monika (1997): *Soziale Stadtentwicklung – Leitlinien einer Politik für benachteiligte Quartiere. Das Beispiel Hamburg.* In: Hanisch, W. (Hg.): *Überlebt die soziale Stadt?* Opladen, S. 345-361.
- Backhaus-Maul, Holger / Brandhorst, Andreas (1997): *Risiken, Nebenwirkungen und Chancen. Kommunitarismusdebatte in den USA und in Deutschland.* In: *Alternative Kommunalpolitik* 4/1997, S. 36-38.
- Buse, Michael / Nelles, Wilfried / Oppermann, Reinhard (1977): *Determinanten politischer Partizipation: Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland.* Meisenheim.
- Emig, D. (1995): „Die wahre Demokratie ist unbequem“ (Ernst Toller) – das Verhältnis von Politik und Verwaltung in den Neuen Steuerungsmodellen. In: *Alternative Kommunalpolitik* 6/1995, S. 32-35.
- Franz, Peter (1989): *Stadtteilentwicklung von unten.* Basel / Boston / Berlin.
- Froessler, Rolf / Selle, Klaus (1989): *Die Erneuerung der „Dritten Stadt“: Aktivierung von Entwicklungspotentialen in benachteiligten Stadtquartieren – Werkbericht der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung.* Dortmund.
- Grimm, Gaby / Franke, Thomas (2002): *Quartiermanagement: Systematisierung und Begriffsbestimmung.* In: Bertelsmann Stiftung / Hans-Böckler-Stiftung / KGSt (Netzwerkknoten Quartiermanagement) (Hg.): *Quartiermanagement – Ein strategischer Stadt(teil)entwicklungsansatz. Organisationsmodell und Praxisbeispiele,* Hannover.
- Grimm, Gaby (2004): *Stadtteilentwicklung und Quartiermanagement. Entwicklung und Aufbau lokalspezifischer Organisations- und Steuerungsstrukturen,* Essen.
- Herlyn, Ulfert (1972): *Innenstadterneuerung und Beteiligung der Betroffenen: Ein Versuch in Göttingen.* In: Lauritzen, L. (Hg.): *Mehr Demokratie im Städtebau.* Hannover, S. 234-244.
- Heinz, R.: *Kommunen auf den Weg!* In: *Demokratische Gemeinde* 2/1999, S. 16-17
- Hinte, Wolfgang (2002): *Von der Gemeinwesenarbeit über die Stadtteilarbeit zum Quartiermanagement.* In: Thole, Werner (Hg.): *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch.* Opladen, S. 535-548.
- Hinte, Wolfgang (2001): *Quartiermanagement als kommunales Gestaltungsprinzip.* In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 5/6 2001, S. 113-115
- Hinte, Wolfgang (1997): *Soziale Arbeit in lebensweltlichen Bezügen: Dialogmanagement statt naiver Parteilichkeit.* In: ILS (Hg.): *Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst.* Dortmund, S. 28-33.
- Hinte, Wolfgang (1996): *Soziale Kommunalpolitik: Soziale Räume gestalten statt Elend verwalten.* In: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit* 3/1996, S. 27-33.
- Hinte, Wolfgang (1994): *Stadtteilentwicklung durch Dialogmanagement: Einige grundsätzliche Bemerkungen zur stadtteilbezogenen sozialen Arbeit.* In: *Forum der Arbeit* (Hg.): *Nach der Kohlezeit.* Aachen, S. 46-57.
- Hinte, Wolfgang / Lüttringhaus, Maria / Oelschlägel, Dieter (2001): *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit,* Münster.
- Hollihn, Frank (1978): *Partizipation und Demokratie. Bürgerbeteiligung am kommunalen Planungsprozeß?* Baden-Baden.
- Keupp, Heiner (1995): *Solidarisch und doch frei – für eine kommunale Indi-*



- vidualität. In: *Psychologie Heute* 7/1995, S. 50-55.
- Lüttringhaus, Maria (2003): *Bewohnerversammlungen aktivierend moderiert*. In: Lüttringhaus / Richers: *Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis*. Bonn, S.139-140.
- Lüttringhaus, Maria (2000): *Stadtentwicklung und Partizipation, Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt*. Stiftung Mitarbeit, *Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten* Nr. 17, Bonn.
- Lüttringhaus, Maria (2000): *Partizipation in benachteiligten Stadtteilen: Planung am „bunten Tisch“ statt „grünem Tisch“*. In: Elsen, Susanne u.a. (Hg.): *Sozialen Wandel gestalten – Lernen für die Zivilgesellschaft*. Neuwied, S. 213-229.
- Lüttringhaus, Maria / Richers Hille (2003): *Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis*, Bonn.
- Oel, Hans-Ulrich (1982): *Sozialräumliche Beziehungen und Bürgerbeteiligung in der Stadtteilentwicklungsplanung*, München.
- Ries, Heinz A. (1996): *Kontextuelles Lernen in der Gemeinwesenarbeit*. In: Krebs, W. (Hg.): *Methodische Ansätze in der Gemeinwesenarbeit. Auszüge aus der 8. GWA-Werkstatt 1995*. Gelnhausen, S. 70-79.
- Rinke, Reinhard G. (1984): *Partizipation und sozial-räumliche Planung öffentlicher Institutionen*, Frankfurt a.M.
- Rommelspacher, Thomas (1996): *Einheit in der Differenz? Überlegungen zur Zukunft des Ruhrgebiets*. In: *Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Standorte – Jahrbuch Ruhrgebiet 1995/1996*. Essen, S. 17-23.
- Selle Klaus (1994): *Lokale Partnerschaften – Organisationsformen und Arbeitsweisen für kooperative Problembearbeitung vor Ort*. In: Froessler, Rolf u.a. (Hg.): *Lokale Partnerschaften*. Basel / Boston / Berlin 1994b, S. 36-67.
- Springer, Werner (1995): *Alltag und sozialer Raum als Focus sozialpädagogischen Handelns*. In: *Neue Praxis* 3/1995, S. 281-285.
- Staub-Bernasconi, Sylvia (1995): *Systemtheorie, soziale Probleme und soziale Arbeit: Lokal, national, international – oder: Vom Ende der Bescheidenheit*, Bern.
- Strohmeier, Klaus Peter (1996): *Alternativen zur politischen Partizipation durch Bürgerbeteiligung an der Aufgabenerfüllung: Kommunale Problemlösungsstrategien und Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips*. Manuskript der Fakultät für Sozialwissenschaft/Ruhruniversität Bochum, Bochum (veröffentlicht in: ders. / Gabriel, O. W. / Knemeyer, F.-L. (Hg.): *Neue Formen politischer Partizipation - Bürgerbegehren und Bürgerentscheid*. Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 136. Sankt Augustin 1997, S. 127-190).
- Wickrath, Susan (1992): *Bürgerbeteiligung im Recht der Raumordnung und Landesplanung*, Münster.



## Aktivierung lohnt sich!

### Ergebnisse des Workshops I

*Moderation:*

*Jürgen Maier, Maria Lüttringhaus*

*Bericht:*

*Gerald Lackenberger*

Im Rahmen des Workshops wurden verschiedene Fragestellungen aufgegriffen, diskutiert und beantwortet.

#### **Frage:**

Wie kann im Spannungsfeld zwischen Politik – Verwaltung – Bürgerbeteiligung der Verwaltung und der Politik klargemacht werden, dass sowohl Politik wie auch Verwaltung letztlich profitieren, wenn Bürgerbeteiligung wirklich stattfindet?

#### **Antwort:**

Es ist zu beachten, dass Verwaltung sich in Veränderungsprozessen befindet hin zu mehr Bürgernähe usw. Die Personalent-

wicklung hinkt dem teilweise hinterher („Alter Wein in neuen Schläuchen“). Auch in der Lokalpolitik ist noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Als Erfolg versprechend gilt, wenn Stadtteilarbeit die Win-Win-Situation für alle Beteiligten plausibel machen kann.

#### **Frage:**

Wie kann Politik für Probleme vor Ort (im Stadtteil) interessiert werden?

#### **Antwort:**

Es muss gelingen, die PolitikerInnen an die Orte des Geschehens zu holen, sie mit der Praxis vor Ort zu konfrontieren. Lokale

Politiker sollten in die Stadtteilarbeit aktiv einbezogen, für Probleme sensibilisiert und in ihrer Verantwortung gestärkt werden.

**Frage:**

Was kann man tun, wenn die Kommunalpolitik den Willen zur Bürgerbeteiligung zwar äußert, echte Partizipation aber gar nicht zulässt/beauftragt/durchführt oder in ihrer Umsetzung blockiert?

**Antwort:**

Die Politik darf nicht aus der Verantwortung gelassen werden. Stadtteilarbeit hat auch die Aufgabe, Politik an die Einhaltung gemachter Zusagen zu erinnern. Öffentliche Medien sind hier u.a. ein wirksames Mittel.

In der Stadtteilarbeit hat es sich bewährt, gezielt Bündnispartner in der Lokalpolitik zu suchen. Das können durchaus auch einzelne Gemeinderatsmitglieder sein, die dann innerhalb ihrer Fraktionen als Multiplikatoren wirken. Oftmals zeichnen sich die einzelnen Fraktionen, auch wenn sie nach außen geschlossen wirken, durch Pluralität und Heterogenität aus. Für Lobbyarbeit kann man dies gezielt nutzen.

**Frage:**

Wie können MigrantInnen besser zur Beteiligung aktiviert werden, zum Beispiel bei einem Fest?

**Antwort:**

Es ist zu überlegen, ob es im Einzelfall nicht passender ist, gezielte Einzelevents für die unterschiedlichen Milieus und Lebenswelten zu planen, denn das Miteinanderfeiern funktioniert nicht voraussetzungslos, sondern kann schnell an Kulturunterschieden scheitern. Es sollten Schnittstellen bzw. „Kontaktpersonen“ gefunden werden, die zwischen den Milieus vermitteln und Brücken schlagen können.

Wichtig ist, die MigrantInnen-Milieus nicht defizit- oder problemorientiert anzusprechen, sondern als Ressource („kultureller Reichtum“) zu betrachten.

Generell hat sich bewährt, positiv besetzte „Events“ mit viel Spaß zur Aktivierung zu organisieren. Dabei ist zu beachten, dass die internen Kommunikationsstrukturen innerhalb der Migrantengruppen eine eigene Dynamik haben und nicht unbedingt zu vergleichen sind mit Entscheidungswegen z.B. im deutschen Vereinswesen.

Als erfolgreich gilt ferner, das Prinzip des „vertrauten Ortes“ zu beachten. Insbesondere MigrantInnen sollten dort angesprochen werden, wo sie im Stadtteil zuhause sind.



## Nichts ist praktischer als eine gute Theorie

### Hochschulen und Praxis im Dialog

*Günter Rausch*

Mit der Abkehr von ideologisch eng geführten Theoriekonstrukten und der konsequenten Hinwendung zu lebensweltlichen Bezügen ist eine notwendige Weichenstellung erfolgt, um Gemeinwesenarbeit (GWA) als eine zentrale Handlungsorientierung Sozialer Arbeit verstehen zu können. Ein weiteres Hindernis stellte die tradierte Aufteilung des sozialarbeiterischen Methodenarsenals in Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit dar. Gemeinwesenarbeit musste in dieser Sichtweise als spezielle Dienstleistung in eigens eingerichteten Institutionen gedacht werden. Diese waren jedoch nur in den seltensten Fällen gegeben. Aus obiger Darstellung erschien eine solche Spezialisierung allerdings weder machbar noch wünschenswert.

Bereits lange vor der „ökosozialen Wende“ der Gemeinwesenarbeit suchten Boulet, Krauss und Oelschlägel einen Ansatz zur Überwindung der überholten klassischen Dreiteilung des sozialarbeiterischen Methodensets. Sie formulierten „Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip“, das jede soziale Arbeit strukturieren können sollte (vgl. Boulet J.J. et al., 1980: 156). Gemeinwesenarbeit schien geeignet, einen operationalen Arbeitskontext zu begründen, „in dem bestehende Arbeitsansätze ihren Platz finden und ggf. modifiziert in einem Stadtteil- oder Gemeinwesenkonzept ihren Beitrag liefern könnten“ (Boulet J.J. et al., 1980: 302). Nicht zuletzt sollte so auch den unfruchtbaren Rivalisierungskämpfen und falschen Profilierungsaueinandersetzungen begegnet werden. In der

Folge gab es vielfältige Bemühungen, Konzepte aus der Tradition der Gemeinwesenarbeit zu übernehmen. Mühsam wurde das „Soziale“ in der Sozialarbeit wieder entdeckt, wobei „die Unzulänglichkeiten therapeutischer Verfahren für die Erfassung und Lösung komplexer sozialer Probleme“ (Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1990: 170) geradezu eine Suchbewegung auslösten. Mit der Vorlage des 8. Jugendhilfeberichts (1990) wurde schließlich eine Trendwende von der *Fall-* zur *Feld-*orientierung unübersehbar: Die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe hat sich verändert. In allen Bereichen, vom Allgemeinen Sozialdienst bis zur Kinder- und Jugendhilfe, gibt es Tendenzen, Dienste und Aktivitäten mehr an den Lebenslagen und Lebensweisen der Adressaten zu orientieren. Die Fachkräfte der Sozialen Arbeit lenken ihre Aufmerksamkeit zunehmend auf das jeweilige soziale Feld. Sie unterstützen die Menschen dabei, „ihre Situationen einzuschätzen und Vorstellungen zu entwickeln, wie sie verändert werden sollen, welche Ressourcen dafür zu gewinnen sind und welche Spielräume zur Mitverantwortung und Selbststeuerung sie nutzen können“ (Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1990: 167).

Vor dem Hintergrund der Pluralisierung der Lebenslagen und Lebensverhältnisse, die der Individualisierung von Werteorientierungen und Lebensführung einzelner entspricht, wurden im Rahmen des 8. Jugendberichts Strukturmaximen innovativer Kinder- und Jugendhilfe entwickelt, die fortan unter dem Stichwort der *Lebensweltorientierung* fungierten. Thiersch, der an dieser Konzeptualisierung maßgeblich beteiligt war, bezieht sich zwar auf den phänomenologischen Lebensweltbegriff, definiert ihn dann aber in pragmatischer Weise als „Ansatz in den Erfahrungen und Ressourcen gegebener, konkreter Verhältnisse; diese aber sind gesellschaftlich und sozial- und individuell-biographisch bestimmt“ (Thiersch H., 1995: 248). Solchermaßen verstandene Lebensweltorientierung wird unter den Schlagworten der Alltagsorientierung, Prävention, Dezentralisierung, Integration und Partizipation ausdifferenziert (vgl. Der Bundesminister

für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1990: 85f.). Nicht zuletzt wird die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit als Instrument eines mehrdimensionalen Ansatzes von Hilfe in sozialen Brennpunkten und Neubauvierteln gewürdigt. Auch die Kommunalen Arbeitgeberverbände und die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege setzen längst nicht mehr alleine auf individuelle Hilfen. Sie fordern verstärkt generelle Maßnahmen der Vorbeugung und Problemlösung, der Organisationsentwicklung im Gemeinwesen, die Entwicklung und Stützung sozialer Netze und die Initiierung und Begleitung von bürgerschaftlichem Engagement.<sup>2</sup> Nicht zuletzt im Rahmen der „Suchbewegung Sozialarbeitswissenschaft“ wird die feldorientierte GWA als eigenständiger klassischer Arbeitsansatz der Sozialen Arbeit wiederentdeckt.<sup>3</sup> Selbst in Handreichungen der Managementlehre heißt es: „Auch die lange Zeit verrufene und ungeliebte Gemeinwesenarbeit gewinnt wieder einen Teil ihrer früheren Popularität und Attraktivität zurück.“ (Schwarz G., 1995: 72).

Gemeinwesenarbeit kommt also wieder ins Gerede, wenngleich verschiedentlich neue Begriffe verwendet werden. Dabei bleibt vielfach unklar, was nun unter GWA verstanden werden soll. Manche AutorInnen sprechen von einer sozialräumlichen, andere von einer ökosozialen Sozialarbeit. Verschiedentlich wird auch von sozialer Stadtteilarbeit, soziokultureller Stadtteilarbeit, sozialer Kommunalpolitik, Milieuarbeit, Quartierssozialarbeit usw. gesprochen. „Der Begriff der Gemeinwesenarbeit suggeriert offenbar eine fehlende Modernität“ (Oelschlägel D., 1997: 37). Dennoch sind die vielen Wortkreationen und die peinliche Vermeidung des traditionsrei-

<sup>2</sup> So in einem Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg vom 10.10.1994 an den Rektor der Katholischen Fachhochschule in Freiburg i. Breisgau.

<sup>3</sup> Vgl. u.a. Meinhold M., Ein Rahmenmodell zum methodischen Handeln, in: Heiner M. u.a., Methodisches Handeln in der Sozialarbeit, Freiburg i. Breisgau, 1994: 184 - 217; Wagner A., 1995: 296f.

chen Begriffes Gemeinwesenarbeit unverständlich.<sup>4</sup>

Im Kern geht es bei diesen Ansätzen stets um die alltagsorientierte gemeinschaftliche Gestaltung von Lebensräumen, den Sozialraumbezug, um die aktive Einbeziehung möglichst vieler unmittelbar oder potentiell Betroffener und um die Entfaltung und Vernetzung lokaler Ressourcen. Diese einmütige Grundorientierung müsste ausreichend sein, auch einen gemeinsamen „Nenner“ zu finden. Zu fragen ist im übrigen, ob die Beliebigkeit und Freizugigkeit, die sich im Umgang mit eingeführten und bewährten Grundlagenbegriffen der Sozialarbeit zeigt, den Prozess zur Durchsetzung und Anerkennung einer eigenständigen Sozialarbeitswissenschaft fördert oder eher schwächt. Dass es auch anders geht, zeigt z.B. Wagner, der in der Debatte um die Sozialarbeitswissenschaft geradezu selbstverständlich auf die Bedeutung der GWA verweist, wenn er inklusives Handeln fordert, „wie es von der Gemeinwesenarbeit propagiert wird, [...] zur Lösung einiger der bedrohlichsten gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit“ (Wagner A., 1995: 296).

Dabei kann durchaus eingeräumt werden, dass es unter postmodernen Vorzeichen nicht mehr darum gehen kann, einen „ausbuchstabierten“, einheitlichen Gemeinwesenarbeits-Begriff einzufordern. Zu unterschiedlich sind die jeweiligen Zugänge zu diesem Gegenstand, der durch besonders vielfältige Handlungssituationen und Problemkonstellationen gekennzeichnet ist, als dass gerade hier, bis ins Detail, ein terminologischer Konsens erwartet werden dürfte. Um so notwendiger ist dann allerdings die Verständigung dar-

über, was jeweils unter Gemeinwesenarbeit verstanden werden soll.

Bevor ein solches Verstandigungsangebot formuliert wird, soll die Frage aufgeworfen werden, ob die Annahme eines „Comeback“ der Gemeinwesenarbeit letztlich nur der verständliche Wunsch einiger persönlich motivierter Professioneller ist, oder ob es auch gewissermaßen „objektiv“ günstige Voraussetzungen hierfür gibt.

Folglich wird die These entwickelt, dass die mehrfach skizzierten ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklungstendenzen ein hohes Maß an Ungleichheit, Ausgrenzung und Anomien hervorrufen, zu deren Bewältigung sich Gemeinwesenarbeit geradezu anbietet. Längst prägen die sozialen Problemlagen massiv das öffentliche Bild unserer Städte. Doch gerade auf der kommunalen Ebene sind die traditionellen Vorgehensweisen von Politik und Verwaltung vielmals ausgereizt. Die Handlungsspielräume werden durch Sparzwänge immer weiter eingeengt, die materiellen und personellen Ressourcen immer knapper und zunehmend auf die Erfüllung von Pflichtaufgaben konzentriert. In dieser Situation gibt es nach Hinte „eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten zwischen Gemeinwesenarbeit und kommunalen Pflichtaufgaben: von den Möglichkeiten einer stärkeren Sozialraumorientierung der Hilfen zur Erziehung nach Paragraph 27 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes über die offensive Nutzung der im Bundessozialhilfegesetz festgeschriebenen Möglichkeiten zur Förderung von Arbeit, auch und gerade in benachteiligten Wohngebieten, bis hin zur intelligenten projektbezogenen Bündelung von Ressourcen aus unterschiedlichen Sektoren der Verwaltung für Projekte in benachteiligten Wohngebieten“ (Hinte W., 1997: 44).

Denn einzelfallbezogene Hilfen werden bei steigenden Fallzahlen und gleichzeitig geringer werdenden finanziellen und personellen Möglichkeiten relativ seltener zum Einsatz kommen können. Feldorientierte Ansätze bergen dagegen nicht nur ein hohes Maß an Präventions- und *Synergieeffekten*, sondern zielen vor allem auf das gemeinschaftliche Handeln Betroffener mit

<sup>4</sup> Oelschlägel stellt dazu fest, dass das, was hinter diesen Wortkreationen stecke, entweder nicht neu sei oder, wie im Falle der statteilbezogenen Sozialen Arbeit ein Versuch darstelle, Gemeinwesenarbeit gegenüber kommunalen Auftraggebern neu zu profilieren: „In diesem Falle kann ich die Einführung eines neuen Etiketts verstehen, musste doch Marketing für Gemeinwesenarbeit gegenüber Kommunen betrieben werden, die sich vor der im Ruf des Unruhestifters stehenden Gemeinwesenarbeit fürchteten“ (Oelschlägel D., 1997: 37).

der Zielsetzung der Selbstorganisation ab. Wenn die Menschen dabei lernen, durch Eigeninitiative die sie umgebenden Verhältnisse so zu gestalten, dass sie darin, entsprechend ihren Möglichkeiten, ihr Lebenskonzept entfalten und ihr Dasein bewältigen können, werden zugleich Perspektiven von gesellschaftlicher Reichweite deutlich.

Der Fachausschuss Sozialplanung und Organisation des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge kam anlässlich der Überprüfung der Organisation der kommunalen sozialen Dienste zu einer ähnlichen Einschätzung: „Durch individuelle Hilfe/Einzelfallhilfe allein wird die soziale Arbeit ihrem Auftrag nicht gerecht. [...] Angesichts der Finanzknappheit der öffentlichen Hände muss Prävention nun besondere Priorität erhalten“ (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 1995: 311). Für die sozialen Dienste wird folgende Entwicklung empfohlen:

- von der Einzelfallorientierung zur Lebensweltorientierung,
- von der Symptomorientierung zur Systemorientierung,
- von der Intervention zur Prophylaxe,

- von der Inputorientierung zur Outputorientierung,
- von der Bedürfnisbefriedigung zur Selbsthilfeorientierung (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 1995: 308).

Inzwischen wird über entsprechende Alternativen auch auf ministerialer Ebene nachgedacht. So heißt es in einem „Praxisbericht über eine andere Form der Wirtschaftsförderung“, basierend auf einem Modell des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, daß es das Ziel sei, „mit Methoden der Gemeinwesenarbeit die Bevölkerung zu aktivieren, die Wirtschaft in den Landkreisen nachhaltig zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1997: 5).

Die Chancen für eine Renaissance der Gemeinwesenarbeit stehen somit nicht schlecht. Diese traditionsreiche Handlungsorientierung der Sozialen Arbeit könnte sich als eine brauchbare Strategie zur Bewältigung alltäglicher und struktureller Probleme erweisen.



## Theorie und Praxis gehören zusammen!

### Ergebnisse des Workshops II

*Moderation:*

*Clemens Back, Maria Bitzan*

*Bericht:*

*Clemens Back*

Der Workshop war sowohl mit Praktikern – vor allem aus städtischen Ämtern, die auch als Praktikumbstellen fungieren – als auch mit Lehrenden und Studierenden besetzt. So waren die Fachhochschulen aus Esslingen, Reutlingen, Freiburg, Ludwigs-hafen und Heidelberg, Praktiker aus Mannheim und Studierende aus Heidelberg im Workshop vertreten.

Gemeinwesenarbeit, Stadtteilarbeit ist allerdings in den Ausbildungs- und den Praktikumbstellen nicht gerade stark verankert. Teilweise gibt es einen intensiven Austausch zwischen Praxis und Fachhochschulen über die diversen Praxisfor-

schungsprojekte und GWA-Projekte, teilweise aber sind die Verbindungen mehr als dürftig. Interesse von Seiten der Studierenden ist aber durchaus zu verzeichnen.

Dabei kann und muss die Umsetzung der Theorie von Sozialplanung, Gemeinwesenarbeit, LOS-Projekten als Chance verstanden werden, landesweit Erfahrungen zur reflektieren, um sie dann vor Ort umzusetzen.

Trotz unterschiedlicher Intensität der Zusammenarbeit bestand Einigung, dass eine theoretische, wissenschaftliche Refle-



xion des Gegenstandsbereichs Stadtteilarbeit, Gemeinwesenarbeit in den unterschiedlichsten Facetten und Dimensionen erfolgen sollte.

Gemeinsame Bemühungen aller Betroffenen von Theorie und Praxis sollten zum Ziel haben: Praxisorientierte TheoretikerInnen und theorieorientierte PraktikerInnen auszubilden. PraktikerInnen haben eine Mitverantwortung für die Entwicklung der Theorie und WissenschaftlerInnen haben eine Mitverantwortung für die Entwicklung der Praxis. Eine eigene Verantwortung für den Austausch von Theorie, Praxis und Ausbildung haben alle Verbände und Gesellschaften der gesamten Profession.

Der Austausch in der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit mit seinen Netzwerktreffen, an dem alle Interessierten aus Gemeinwesen, Stadtteil-, Soziale Stadt- und Quartiersarbeitsprojekten sowie den Lehr- und Forschungsstätten an den Hochschulen mitwirken können, ist eine gute Voraussetzung, um Theorie und Praxis zusammen zu bringen. In einer solchen Koalition des Sozialen, in Wissenschaft und Praxis sollte man unbedingt weiter arbeiten, um diesen Dialog zu fördern und um gemeinsam hilfreiche Antworten auf die vielen sozialen Fragen und Probleme, die uns in den Quartieren und Stadtteilen begegnen, zu finden.



## **Perspektiven für ein Netzwerk Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in Baden-Württemberg**

*Reinhard Thies*

Stadtentwicklung ist nicht mehr Monopol der StadtplanerInnen und ArchitektInnen, sondern ein fachübergreifender Prozess, den Laien und Profis verschiedener Disziplinen miteinander gestalten. In allen erfolgreichen Stadtteilentwicklungsprojekten zeigt sich, dass die Ansätze der Gemeinwesenarbeit ein wesentliches Arbeitsprinzip des integrierten Handelns sind. Sozialraumorientierung, das Erkennen, Aktivieren und Moderieren der lokalen Potenziale örtlicher Akteure, kurz: alle Formen der stadtteilbezogenen und lebensweltorientierten Partizipation erfordern ganzheitliches, vernetztes Denken und Handeln.

Mit dem neuen Politikansatz der „Sozialen Stadt“ erfährt die langjährige Praxis von EinwohnerInnenaktivierung und –beteiligung in Stadtteil- und Gemeinwesenprojekten eine deutliche Aufwertung. Die Programmphilosophie des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ baut auf diesen langjährigen Erfahrungen der bewohner-nahen, gemeinwesenorientierten Stadtteilarbeit auf. Sie motiviert zu Kooperationen von öffentlichen, privaten und freien Trägern: Bürgergruppen, Träger der Sozial- und Jugendhilfe sowie der Beschäftigungsförderung, Stadtplanung, Wohnungswirtschaft und lokaler Ökonomie.

Die heutige Tagung hat deutlich gemacht, dass in den vielen verschiedenen Stadtteilprojekten in Baden-Württemberg ein reicher Erfahrungsschatz in der Gestaltung einer sozialen Stadtteilentwicklung vorhanden ist. Ob mit oder ohne Förderung aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, ob als zeitlich befristetes Projekt oder Daueraufgabe, ob in kommunaler oder freier Trägerschaft: Die Kompetenz der Stadtteilarbeit besteht übereinstimmend darin, interdisziplinär zu arbeiten, durch Vernetzung neue Potenziale zu erschließen und knappe Ressourcen effektiv einzusetzen.

Die Kooperation über Stadtteilgrenzen hinweg schafft einen zusätzlichen Kompetenzgewinn. Wenn wie bei der heutigen Tagung mehr als 60 Verantwortliche aus Stadtteilprojekten in Baden-Württemberg zusammen kommen, können erfolgreiche Strategien in der Sozialen Stadtteilentwicklung auf kurzem Weg miteinander ausgetauscht und im Dialog weiter entwickelt werden. Besonders fruchtbar ist hier auch der Theorie-Praxis-Dialog zwischen StadtteilarbeiterInnen und WissenschaftlerInnen an den Hochschulen des Landes.

Maria Lüttringhaus und Günter Rausch konnten mit ihren Fachbeiträgen neue fachliche Impulse geben. In den anschließenden Workshops bestand die Gelegenheit, die beiden Schwerpunkt-Themen Partizipation und Hochschul-Kooperationen zu vertiefen. In der Projektmesse gaben acht Stadtteilprojekte einen komprimierten und systematischen Einblick in ih-

re Arbeit. Und die Pausen boten zusätzlich Anreiz zum kollegialen Austausch.

Mit diesem 2. Netzwerktreffen Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in Baden-Württemberg ist der Grundstein gelegt für eine kontinuierliche Netzwerkarbeit von Stadtteilprojekten im Land. Ich freue mich, dass sich das selbstorganisierte stadt(teil)übergreifende Vorbereitungsteam der Mannheimer Tagung auch für die Vorbereitung eines 3. Netzwerk-Treffens zur Verfügung stellt. Weitere Interessierte sind aufgerufen, sich an der Planung und Umsetzung eines nächsten Netzwerktreffens aktiv zu beteiligen.

Von Seiten der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (BAG) unterstützen wir diese Netzwerkarbeit gerne. Die BAG versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in einer sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. Mit der „Sozialen Stadt“ verbinden wir weit über die derzeitige Reichweite des Bund-Länder-Programms hinaus einen neuen, umfassenden Politikan-satz für integriertes Planen und Handeln in der Stadtteilentwicklung.

Angesichts der bevorstehenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen der Städte – da sind wir uns sicher – wird die Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit mehr denn je gefragt sein. Da ist es gut, das professionelle Netzwerk rechtzeitig zu stärken, um auf zukünftige Aufgaben vorbereitet zu sein.



## Tagungsteilnehmende

Ackermann, Jörg, Fachbereich Wohnen  
und Stadterneuerung, Stadt Mannheim

Altmann, Anita, Jugendhaus Erlenhof  
Stadt Mannheim

Back, Clemens, K.I.O.S.K. e.V. auf dem  
Rieselfeld, Freiburg

Bähr, Michael, Gemeinwesenarbeit  
Frischer Mut, Stadt Mannheim

Barbara, Widmann, Caritasverband  
Mannheim e.V.

Berlinghoff, Moritz, GBG, Mannheim

Bernick, Kornelia, Mannheim

Betz, Florian, Institut für Stadtplanung +  
Sozialforschung, Stuttgart

Biller, Wolfgang, Kulturrat –  
Stadtteilkultur, Stadt Mannheim

Bitzan, Prof., Maria, Hochschule für  
Sozialwesen Esslingen

Bogdanov, Michelle, Diakonisches Werk  
Mannheim e.V.

Brecht, Brunhilde, Soziale Dienste  
Pforzheim GmbH - Lern- u. Spielgruppe

Cibis, Hansgeorg, Fachbereichsleiter  
Wohnen und Stadterneuerung, Stadt  
Mannheim

de Santiago-Blum, Patricia, Trägerverein  
Mütterzentrum, Freiburg

Ellinger, Claude, Kinder- und Jugend-  
arbeit Waldhof-Ost, Stadt Mannheim

Fiebig, Thomas, GVV, Singen

Frese, Albrecht, Diakonisches Werk  
Mannheim e.V. - Projekt Rainweiden-  
straße



Freundlieb-Winkler, Dr., Ulrike, Biotopia,  
Mannheim

Frey-Wegerich, Cornelia, FH Heidelberg,  
FB Sozial- und Verhaltenswissen-  
schaften

Fritz, Michael, Koordinierungsstelle Stadt-  
sanierung, Karlsruhe

Galler, Yvonne, Diakonisches Werk c/o  
Ev. Kreuzgemeinde, Mannheim

Grützmaker, Stefanie, Quartier-  
management Östliche Unterstadt,  
Stadt Mannheim

Gueye, Saliou, Quartiermanagement  
Neckarstadt-West, Mannheim

Harbrecht, Michael, Jugendhaus  
Herzogenried, Stadt Mannheim

Hasselbach, Klaus, Diakonisches Werk  
Mannheim e.V. - Projekt Rainweiden-  
straße

Hauschild, Claudia, Diakonisches Werk,  
Mannheim

Hennicke, Gabriele, Caritasverband für  
die Erzdiözese Freiburg

Hoffmann, Monika, Jugendhaus Schönau,  
Stadt Mannheim

Hoffmann, Petra, Diakonisches Werk  
Mannheim e.V. - Projekt Durlacher  
Straße

Hofsträßler, Thomas, FH Heidelberg

Klaus, Rolf, Landratsamt Ortenaukreis,  
Kehl

Klus, Sebastian, Stadtteilarbeit Dörfel,  
Rastatt

Koschwitz, Edith, Ortsnetz-Projektbüro,  
Reutlingen

Lackenberger, Gerald, Nachbarschafts-  
werk Haslach, Freiburg

- Lapp, Michael, Quartiermanagement  
Herzogenried, Mannheim
- Litterst, Clemens, Stadtteilzentrum  
Briegelacker, Baden-Baden
- Lüttringhaus, Dr., Maria, Fortbildung,  
Organisationsberatung, Projektbeglei-  
tung, Essen
- Maier, Jürgen, Stadtteilbüro Wormser  
Süden
- Marquardt, Petra, EFH Ludigshafen
- Mayer, Thomas, FH Heidelberg
- Möhrke, Stefan, GBG - Mannheimer  
Wohnungsbaugesellschaft
- Rausch, Prof. Dr., Günter, Evangelische  
Fachhochschule Freiburg
- Sapel, Christof, Diakonisches Werk  
Mannheim e.V. - Projekt Durlacher  
Straße
- Schäfer, Andreas, Bereich Baukoordie-  
rung und Stadterneuerung, Stadt  
Ludwigshafen
- Schanze, Petra, FH Heidelberg
- Schauber, Claudia, Verein Jugendhilfe  
e.V., Esslingen
- Schenck, Ursula, Koordinatorin für  
Jugendberufshilfe, Stadt Mannheim
- Scheuermann, Michael, Gemeinschafts-  
zentrum Jungbusch e.V. – Quartier-  
management Jungbusch, Mannheim
- Schöniger, Ivonne, Biotopia, Mannheim
- Silberborth, Gabi, Soziale Dienste Pforz-  
heim/Enzkreis gGmbH
- Steinhart, Gerhard, Quartiersarbeiter,  
Freiburg
- Stezaly, Adjetey, Gemeinschaftszentrum  
Jungbusch, Mannheim
- Strunk, Prof. Dr., Andreas, FH Esslingen -  
Hochschule für Sozialwesen
- Thies, Reinhard, BAG Soziale Stadtent-  
wicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.
- Wagner, Dr., Petra, Koordination  
Quartiermanagement, Stadt Mannheim
- Walter-Kölmel, Beate, Stadtteilarbeit  
West, Rastatt
- Weik, Michael, Firma Graeff, Mannheim
- Wersinski, Nadja, Quartiermanagement  
Östliche Unterstadt, Stadt Mannheim
- Zimmermann, Sascha, Mannheim
- Zingler, Rainer, Fachbereich Wohnen und  
Stadterneuerung, Stadt Mannheim
- Zingraff, Volker, Stadtteilarbeit West,  
Rastatt

## Stadtteil-Projekte in Baden-Württemberg

Nachfolgend ohne Anspruch auf Vollständigkeit eine Übersicht über Stadtteilprojekte in Baden-Württemberg, die mit einem integrierten Ansatz, d.h. akteurs- und handlungsfeldübergreifend, arbeiten:

### Aalen – Weststadt

Ingrid Stoll-Haderer  
Stadtplanungsamt Aalen

Marktplatz 30  
73430 Aalen

07361 / 52-1438  
ingrid.stoll-haderer@aalen.de

### Aalen – Rönenberg

Ingrid Stoll-Haderer  
Stadtplanungsamt Aalen

Marktplatz 30  
73430 Aalen

07361 / 52-1438  
ingrid.stoll-haderer@aalen.de

### Albstadt - Weststadt

Edith Koschwitz  
Stadtteilbüro Ebingen-West

Im Weiherwuhr 32  
72458 Albstadt

07431 / 701639  
ortsnetz.projekte@gmx.de

### Baden-Baden – Briegelacker

Clemens Litterst  
Stadtteilzentrum Briegelacker

Briegelackerstraße 40  
76532 Baden-Baden

07221 / 53903  
litterst@caritas-baden-baden.de

### Biberach

Thomas Dingler  
Stadtteilbüro Biberach

Banatstr. 34  
88400 Biberach

07431 / 301122  
stadtteilbuero-gwa@tesionmail.de

### Ehingen – Untere Stadt

Hermann Brachmann  
Sanierungstreuhand Ulm

Neue Straße 102  
89073 Ulm

0731 / 1538621  
h.brachmann@san-ulm.de

### **Esslingen am Neckar – Pliensauvorstadt**

Petra Schmettow  
Quartiersmanagement  
Vorstadtstudio Pliensau

Karl-Pfaff-Straße 15  
73734 Esslingen

0711 / 3709281  
petra.schmettow@esslingen.de

### **Ettlingen**

Ute Kinn

Kehreckweg 13  
76275 Ettlingen

ute.kinn@grips-ettlingen.de

### **Freiburg – Alt-Haslach**

Gerald Lackenberger  
Quartiersmanager  
Nachbarschaftswerk Haslach

Carl-Kistner-Str. 14  
79115 Freiburg



0761 / 443536  
nbw-haslach@breisnet-online.de

### **Freiburg – Rieselfeld**

Clemens Back  
K.I.O.S.K. e.V. auf dem Rieselfeld

Gerda-Weilerstr. 13  
79100 Freiburg

0761 / 7679562  
rieselfeld@gmx.de

### **Freiburg – Stühlinger**

Marion Tritschler  
Nachbarschaftswerk

Auggener Weg 73  
79114 Freiburg

0761 / 4799990  
nbw-freiburg@breisnet-online.de

### **Freiburg – Vauban**

Patricia de Santiago-Blum  
Trägerverein Mütterzentrum

Alfred-Döblin-Platz 1  
79100 Freiburg

0761 / 45687134  
santiago@vauban.de

### **Freiburg – Weingarten**

Christel Werb  
Forum Weingarten 2000 e.v.

Krozingerstr. 11  
79114 Freiburg

0761 / 46611  
info@forum-weingarten-2000.de



**Freiburg – Westlich der Merzhauser-  
straße**

Nina Kuhn  
Quartierarbeit Westlich der Merzhauser-  
straße

Gallwitzstr. 69  
79100 Freiburg

0761 / 1377555  
ini-quartiersarbeit@web.de

**Heidelberg – Emmertsgrund**

Rolf Kempf  
Stadtteilbeauftragter

Bürgeramt  
69126 Heidelberg

06221 / 896882  
rolf.kempf@heidelberg.de

**Heidelberg – Weststadt/Mörgelgewann**

Hubert Herrmann  
Citytreff Mörgelgewann

Im Mörgelgewann 17  
69115 Heidelberg-Weststadt

06221 - 60 08 26  
Caritas-citytreff@gmx

**Heilbronn – Südviertel**

Reinhold Sebastian  
Stadtplanungsamt

Wilhelmstr. 7  
74072 Heilbronn

07131 / 562718  
reinhold.sebastian@stadt-heilbronn.de

**Karlsruhe – Oststadt-Südwest**

Michael Fritz  
Koordinierungsstelle Stadtsanierung

Zähringerstr. 72  
76133 Karlsruhe

0721 / 1331840  
michael.fritz@kos.karlsruhe.de

**Karlsruhe – Innenstadt-West**

Michael Fritz  
Koordinierungsstelle Stadtsanierung

Zähringerstr. 72  
76133 Karlsruhe

0721 / 1331840  
michael.fritz@kos.karlsruhe.de

**Konstanz – Petershausen**

Katrin Muckenfuss  
Treffpunkt Petershausen

78467 Konstanz

07531 / 51069  
TreffPetershausen@Stadt.Konstanz.de

**Kornwestheim – Weststadt**

Kurt Schaible  
Bauverwaltung

Jakob-Sigle Platz 1  
70806 Kornwestheim

07154 / 202225  
kurt\_schaible@kornwestheim.de

### Lahr – West

Gaby Winger-Uhlich  
Bürgerzentrum K2  
Gemeinwesenarbeit Lahr-West

Kanadaring 2  
77933 Lahr

07821 / 94086  
K2Buergerzentrum@web.de



0621 / 1662269  
qum-herzogenried@diakonie-  
mannheim.de

### Lörrach

Willi Brunen  
Städt. Wohnbaugesellschaft Lörrach

Schillerstr.4  
79540 Lörrach

07621 / 151936  
willi.brunen@Wohnbau-loerrach.de

### Mannheim – Jungbusch

Michael Scheuermann  
Quartiermanager  
GZ Jungbusch e.V. - Quartiermanagement  
Jungbusch

Jungbuschstr. 19  
68159 Mannheim

### Ludwigsburg – Eglosheim

Antje Fritz / Michael Krebs  
Infozentrum Eglosheim

Nußackerweg 15  
71634 Ludwigsburg

07141 / 2981363  
infozentrum.eglosheim@gmx.de



0621 / 14948  
MScheuermann@jungbuschzentrum.de

### Mannheim – Herzogenried

Michael Lapp  
Quartiermanager  
Diakonieverein im Diakonischen Werk  
Mannheim e.V.

Am Brunnengarten 8  
68169 Mannheim

### Mannheim – Neckarstadt-West / Rainweidenstraße

Albrecht Frese / Klaus Hasselbach  
Gemeinwesenarbeit Rainweidenstraße  
Diakonisches Werk Mannheim e.V.

Rainweidenstraße 9-11  
68169 Mannheim



0621 / 3247450  
rainweidenstrasse.dw-mannheim@web.de

### Mannheim – Östliche Unterstadt

Nadja Wersinski  
Quartiermanagerin  
Stadt Mannheim

Postfach 10 30 51  
68030 Mannheim



0621 / 293 9390  
nadja.wersinski@mannheim.de

### Mannheim – Neckarstadt-West

Saliou Gueye  
Quartiermanager  
Trägerverein Quartiermanagement  
Mannheim Neckarstadt West e.V.

Mittelstr. 28a  
68169 Mannheim



0621 / 1567320  
qum-neuwe@t-online.de

### Mannheim – Rheinau / Durlacher Straße

Petra Hoffmann / Claus Sapel  
Gemeinwesenarbeit Durlacher Straße  
Diakonisches Werk Mannheim e.V.

Durlacher Str. 102  
68219 Mannheim



0621 / 8020650  
hoffmann@diakonie-mannheim.de  
sapel@diakonie-mannheim.de

### **Mannheim – Waldhof / Frischer Mut**

Claude Ellinger / Michael Bähr  
Gemeinwesenarbeit Frischer Mut  
Stadt Mannheim

Postfach 10 30 51  
68030 Mannheim



0621 / 756548  
claude.ellinger@mannheim.de  
michael.baehr@mannheim.de

### **Mannheim – Schönau**

Barbara Widmann  
Gemeinwesenarbeit/Quartiermanagement  
Caritasverband Mannheim e.V.

B5, 19a  
68159 Mannheim

0621 / 775560  
csd.widmann@web.de

### **Offenburg – Albersbösch**

Stefan Berndt / Karina Langeneckert  
Stadtteil- und Familienzentrum  
Albersbösch

Altenburger Allee 8  
77656 Offenburg

0781 / 9681373  
0781 / 953512  
sfz.albersboesch.gwa@gmx.de

### **Offenburg – Nordweststadt**

Peter Winkels  
Stadt Offenburg  
Fachbereich Bauservice,  
BürgerBüroBauen – Geoinformation

Wilhelmstraße 12  
77654 Offenburg

0781 / 82-2605  
peter.winkels@offenburg.de

### **Offenburg – Uffhofen**

Karl Bäuerle  
Stadtteil- und Familienzentrum Uffhofen

Espenstr. 1  
77656 Offenburg

0781 / 957811  
sfz.uffhofen.gwa@gmx.de

### **Pforzheim – Oststadt**

Sabine Happel-Tominski  
Amt für Jugend und Familie/Jugendhilfe

Östliche Karl-Friedrich-Straße 2  
75175 Pforzheim

07231 / 39-2090  
happels@stadt-pforzheim.de

### **Rastatt – West**

Beate Walter-Kölmel / Volker Zingraff  
Stadt Rastatt - Fachbereich Jugend, Familie und Senioren - Kundenbereich Planung und Koordination  
Stadtteilarbeit West

Friedrichring 15  
76437 Rastatt

07222 / 104038 und 104039  
familie@rastatt.de

### **Rastatt – Dörfel**

Sebastian Klus / Brigitte Oser  
Stadt Rastatt - Fachbereich Jugend, Familie und Senioren - Kundenbereich Planung und Koordination  
Stadtteilarbeit Dörfel

Ritterstr. 26  
76437 Rastatt

07222 / 933097 und 933098  
familie@rastatt.de

### **Rheinfelden – Oberrheinfelden**

Herr Wunderle  
Stadt Rheinfelden

Postfach 79618  
Rheinfelden

07623 / 95345  
wunderle@rheinfelden-baden.de

### **Schwäbisch Gmünd – Oststadt**

Bernhard Bormann  
Quartiersmanager  
Stadtteilbüro

Buchstraße 60  
73525 Schwäbisch Gmünd

07171 / 877490  
bormann@stadtteil-ost.de

### **Singen – Langenrain**

Thomas Fiebig  
Quartiersmanager  
Quartiersbüro Langenrain

Langenrain 10  
78224 Singen

0151 / 16750555  
info@gvv-singen.de

### **Stuttgart – Freiberg / Mönchfeld**

Ute Kinn  
Bürgerbüro Freiberg-Mönchfeld

Adalbert-Stifter-Straße 9  
70437 Stuttgart

0711 / 8494692  
buergerbuero@freibergmoenchfeld.de

### **Stuttgart – Möringen / Fasanenhof**

Marcus Krebs  
Stadtteilmanager  
Stadtteilbüro Fasanenhof

Europaplatz 20/6  
70565 Stuttgart

0711 / 2805934  
stadtteilbuero-fasanenhof@web.de

### **Stuttgart – Zuffenhausen-Rot**

Ute Kinn  
Stadtteilmanagerin  
Soziale Stadt Büro Rot

Schozacher Straße 20  
70437 Stuttgart

0711 / 8879-6090  
soziale-stadt-buero@stuttgart-rot.com

### **Tuttlingen – In der Schmelze**

Patrick Vogt  
Stadt Tuttlingen

Postfach 4753  
78512 Tuttlingen

07461 / 99354  
patrick.vogt@tutlingen.de

**Ulm – Weststadt**

Maria Gmeiner  
Quartiersmanagerin  
AG West e.V.

Sedanstraße 67  
89077 Ulm

0731 / 36490  
maria.gmeiner@agwest.telebus.de

**Waldkirch**

Annette Joggerst  
Stadt Waldkirch Rotes Haus

Emmendingerstr. 13  
79183 Waldkirch

07681 / 490127  
roteshaus@sozialamt.stadt-waldkirch.de

**Waldkirch**

Regine Gudat  
Stadt Waldkirch - Interkulturelles Büro

Gartenstr. 5  
79183 Waldkirch

07681 / 404149  
gudat@stadt-waldkirch.de

*Adressenänderungen bitte an:  
lag-bw@mannheim.de*

## Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit an Hochschulen in Baden-Württemberg

Nachfolgend ohne Anspruch auf Vollständigkeit eine Übersicht über Hochschuldozentinnen und -dozenten in Baden-Württemberg, die sich mit sozialer Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit befassen:

### Esslingen

Prof. Dr. Maria Bitzan  
Hochschule für Sozialwesen Esslingen

Flandernstraße 101  
73273 Esslingen

0711/397-4590  
bitzan@hfs-esslingen.de

### Esslingen

Prof. Dr. Andreas Strunk  
Hochschule für Sozialwesen Esslingen

Flandernstraße 101  
73732 Esslingen

0711/397-4591  
strunk@hfs-esslingen.de

### Freiburg

Prof. Dr. Stefanie Bohlen  
Katholische Fachhochschule Freiburg -  
Fachbereich Soziale Arbeit

Karlstr. 63  
79104 Freiburg

0761 / 200479  
bohlen@kfh-freiburg.de

### Freiburg

Prof. Dr. Günter Grosser  
Katholische Fachhochschule Freiburg -  
Fachbereich Soziale Arbeit

Karlstr. 63  
79104 Freiburg

0761 / 200432  
grosser@kfh-freiburg.de

### Freiburg

Prof. Dr. Konrad Maier  
Evangelische Fachhochschule Freiburg

Buggingerstr. 38  
79114 Freiburg

0761 / 4781258  
maier@efh-freiburg.de

### Freiburg

Prof. Dietmar Müllensiefen  
Evangelische Fachhochschule Freiburg

Buggingerstr. 38  
79114 Freiburg

0761 / 4781241  
muellensiefen@efh-freiburg.de

### **Freiburg**

Prof. Dr. Günter Rausch  
Evangelische Fachhochschule Freiburg

Buggingerstr. 38  
79114 Freiburg

0761 / 4781251  
rausch@efh-freiburg.de

### **Heidelberg**

Cornelia Frey-Wegerich  
SRH Heidelberg, FB Sozial- und  
Verhaltenswissenschaften

Ludwig-Guttman-Straße 6  
69123 Heidelberg

06221 / 88 33 42  
cornelia.frey-wegerich@fh-heidelberg.de

### **Heidelberg**

Gabriele Kemper  
SRH Heidelberg, FB Sozial- und  
Verhaltenswissenschaften

Ludwig-Guttman-Straße 6  
69123 Heidelberg

06221 / 88 22 51  
gabriele.kemper@fh-heidelberg.de

### **Ludwigsburg**

Evangelische Fachhochschule Reutlingen-  
Ludwigsburg - Fachbereich 1 Soziale  
Arbeit

Auf der Karlshöhe 2  
71638 Ludwigsburg

07141 / 965 - 156  
m.brosi@efh-ludwigsburg.de

### **Mannheim**

Prof. Dr. Heinz-Rudi Brunner  
FHS Mannheim - Hochschule für  
Sozialwesen

Ludolf-Krehl-Str. 7-11  
68167 Mannheim

06 21 / 3926 - 118  
brunner@alpha.fhs-mannheim.de

### **Mannheim**

Prof. Dr. Winfried Büschges-Abel  
FHS Mannheim - Hochschule für  
Sozialwesen

Ludolf-Krehl-Str. 7-11  
68167 Mannheim

06 21 / 3926 - 143  
bueschges-abel@alpha.fhs-mannheim.de

### **Mannheim**

Prof. Dr. Astrid Hedtke-Becker  
FHS Mannheim - Hochschule für  
Sozialwesen

Ludolf-Krehl-Str. 7-11  
68167 Mannheim

0621 / 39 26-1 41  
hedtke-becker@alpha.fhs-mannheim.de

### **Mannheim**

Dr. Rainer Kilb  
FHS Mannheim - Hochschule für  
Sozialwesen

Ludolf-Krehl-Str. 7-11  
68167 Mannheim

06 21 / 3926 - 112  
kilb@alpha.fhs-mannheim.de



**Ravensburg-Weingarten**

Prof. Dipl.-Psych. Irmgard Teske  
Fachhochschule Ravensburg-Weingarten  
- Hochschule für Technik und Sozialwesen

Postfach 1261  
88241 Weingarten

0751 / 501 - 9443  
teske@fh-weingarten.de

*Adressenänderungen bitte an:  
lag-bw@mannheim.de*